

DIE POLITISCHE SEITE

Mai 2013

Die Bundestagswahl – ein Zwischenbericht (2. Teil)

Am 22. September 2013 wird der 18. Deutsche Bundestag gewählt

In den ersten Wochen und Monaten des Neuen Jahres sind wieder viele neue Leser dazugekommen, die ich hiermit herzlich begrüßen möchte. Es ist einfach ein verheißungsvolles Zeichen, wenn in einem Land Christen anfangen, sich für die politischen Ereignisse und gesellschaftlichen Bewegungen zu interessieren und Verantwortung für die weiteren Entwicklungen übernehmen, indem sie beten. Beten ersetzt keine Tat, richtig, aber Beten ist eine Tat, die durch nichts zu ersetzen ist. In diesem Sinn lade ich Sie mit der Politischen Seite ein zu beten für unser Land und wo Sie können, sich zu beteiligen an politischen Prozessen auf der Grundlage unseres Glaubens. Gott segne Sie!

Ihr

Ortwin Schweitzer

Die Politische Seite Teil 1 vom März ist online unter www.beter-im-aufbruch.de verfügbar

Inhalt

Das Menschenbild der Parteien und ihr Programm

Die Prognose (Mai 2013)

Gebet für die verschiedenen Organe

1. Das Menschenbild der Parteien und ihre Themen

Um die politische Ausrichtung der Parteien und ihre Themen zu verstehen, ist es nötig, sich ihr jeweiliges Menschenbild klar zu machen. Gewöhnlich machen die Parteien (außer der CDU und CSU gelegentlich) die philosophischen und weltanschaulichen Voraussetzungen ihres Handelns nicht transparent. Aus diesem Grund ist es fruchtbar, hier einmal anzusetzen und die politische Landschaft von daher zu betrachten.

1.1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Wir kennen das Wort „sozial“. Es kommt vom lateinischen „sozialis“ und heißt wörtlich „kameradschaftlich, bundesgenössisch, gemeinschaftlich“. **Der Mensch** ist also für die SPD ein „**Gemeinschaftswesen**“. Für eine Partei, die sich diesen Namen wählt, muss das Gemeinwesen, das Miteinander der Menschen, die Gesellschaft im Zentrum des Interesses stehen. Von daher versteht man, dass für eine solche Partei die Hilfe der Gemeinschaft, das Wohl der Gemeinschaft und von daher die Unterstützung der schwächsten Glieder der Gemeinschaft im Fokus stehen. Deshalb wachsen unter einer sozialdemokratischen Regierung gewöhnlich die Sozialausgaben. Die Erwartung der Bürger ist, dass „sich der Staat um alles kümmert“: „Vater Staat“ sorgt für uns. Der „**Wohlfahrtsstaat**“ mit weitgehender staatlicher Fürsorge ist die Vision aller „Sozialen“, und zwar je linker, desto ausgeprägter.

Natürlich tendiert eine solche Regierung auch stark zur Verstaatlichung aller Dienstleistungen, eine Entwicklung, an deren Ende die zentralisierte Planwirtschaft steht, wo zwar jeder versorgt ist, aber darum auch keiner mehr Lust hat, sich anzustrengen und Eigeninitiative zu entwickeln.

Im Erziehungsbereich übernimmt solch ein Staat ebenfalls früh die Aufgabe der Privatinitiative von Erziehung in der Familie, indem Kitas für 0-3 Jährige eingerichtet werden und Einfluss genommen wird auf die Jugend durch staatlich gelenkte Jugendarbeit.

Die Gefahr des Sozialismus ist das Staatsmonopol in allen Lebensgebieten. Die historischen Beispiele reichen vom deutschen National-Sozialismus bis zum marxistischen Staats-Sozialismus der DDR, bzw. Chinas oder Nordkoreas.

Von diesem Menschenbild her ist noch einmal verständlich, wie tief vom innersten Ansatz her die **Agenda 2010** dem Wesen der Sozialdemokratie widersprach, da diese Agenda die Sozialleistungen der Schwachen und Armen beschnitt. Zu Tausenden verließen sie die SPD, um sich in den Hort der Sozialideale zu flüchten, in die neu gegründete Partei „Die Linke“ des Oskar Lafontaine. Die Agenda 2010 hat innerhalb von zweieinhalb Jahren das Ende der Regierung Schröder herbeigeführt und Angela Merkel ins Kanzleramt gebracht.

Auf dem *internationalen Parkett* äußert sich der sozialdemokratische Ansatz auch und zwar in der Forderung nach Solidarität mit den schwächeren Staaten des Südens (ein durch und durch europäisches Anliegen) und zwar in der Form von „**Eurobonds**“. Eurobonds heißt, dass die Schulden

der einen umgelegt werden auf alle und so die Armen für Geld, das sie ausleihen müssen, niedrigere Zinsen bezahlen müssen, weil auf der anderen Seite die wohlhabenden Staaten für ihre Anleihen bereit sind, höhere Zinsen zu bezahlen. So zahlen alle denselben Zins am Weltmarkt, weil es nur noch gemeinsame Schulden gibt. Geld wird dabei gegeben, ohne die Gegenleistung von Strukturreformen zu verlangen, wie wir sie in Deutschland mit der Agenda 2010 durchlitten haben und durchleiden. Von daher ergibt sich das Wahlprogramm der SPD (Auswahl):

- Flächendeckender Mindestlohn von 8,50 EUR, so dass jemand, der vollbeschäftigt ist, auch davon leben kann;
- Deckelung der Mieten und Förderung von sozialem Wohnungsbau;
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49%, hier sollen die Reichen sich solidarisch zeigen mit den Notleidenden im Volk;
- Verpflichtender Besuch der Kitas, Streichung des privaten „Betreuungsgeldes“ als „Herdprämie“.

Dem ganzen sozialen Gedankengut wohnt aber zutiefst ein christlicher Impuls inne, nämlich die *Nächstenliebe*. Diese Fürsorge für den armen, kranken, schwachen Nächsten hat den abendländischen Kulturkreis geprägt im Vergleich zu anderen Kulturen, deren Religionen anderes Verhalten hervorbrachten. Von Matthäus 25 her, wo Jesus die „Geringsten“ seine Brüder nannte, denen wohl zu tun eine Liebestat an ihm selber sei, von da her haben sich immer wieder Christen, für die christliches Zeugnis primär soziales Engagement war, der SPD angeschlossen (z.B. Christoph Blumhardt und viele heutige Zeitgenossen).

1.2. Die Grünen

Entstanden aus der **Revolution der 68er**, verstärkt durch die **Anti-Atombewegung** besonders um Gorleben, theologisch gespeist durch die **ökumenische Bewegung** für „Gerechtigkeit, Frieden und Erhaltung der Schöpfung“ haben die Grünen verschiedene weltanschauliche Wurzeln, die sie z.T. eng mit dem Christentum verbinden, z.T. aber auch zu radikalen Gegnern christlicher Ethik machen, getrieben von dem alten Revoluzzergeist. Von daher können nebeneinander ein Jürgen Trittin, der mit einer sarkastischen Bemerkung die Formel „so wahr mir Gott helfe“ bei seinem Amtseid als Minister 1998 wegließ, neben einer Katrin Göring-Eckardt, betende Christin und evangelische Pfarrfrau aus Thüringen, die Grünen im Wahlkampf nach außen vertreten. Von daher sind die Grünen immer eine „schillernde“ Partei gewesen und ebenso ihre Wählerschaft. Wer sich den Grünen anschließt oder sie wählt, tut dies mehr als bei den anderen Parteien aus einer persönlichen Überzeugung, sprich: einer Weltanschauung – pro oder contra „christlich“ – heraus, Grüne sind „Überzeugungstäter“. Deshalb haben die Grünen auch die stabilste Stammwählerschaft und zwar in allen Altersgruppen von der Jugend bis zu den Alt-68ern.

Von ihrem multiplen Ansatz her haben die Grünen aber ursprünglich ein anderes Menschenbild als die Sozialdemokraten: sowohl vom Revoluzzer her, als auch vom christlich motivierten Ostermarschierer her steht im Zentrum **der Einzelne**, der sich auflehnt gegen die Allmacht des Staates, gegen die Masse der trägen Gesellschaft, gegen die bürgerlich-christliche Moral, etc. Der **titanische Kämpfer**, der sich für seine Ideale opfert und den die Übermacht nicht schreckt, das ganz alternative Individuum – das ist der Prototyp, das Idealbild der Grünen.

Von daher steht das Menschenbild der Grünen meines Erachtens dem individualisierenden Menschenbild der C-Parteien näher als dem „homo politicus“, dem Mensch als Gemeinschaftswesen der SPD. Warum ging die Entwicklung dann aber umgekehrt, weg von den Christlichen Demokraten? Drei Gründe könnte man nennen:

- Das Selbstverständnis der 68er-Revoluzzer bestand im Anti und in der **Abgrenzung von der Gesellschaft** und vom Bürgertum. Und diese bürgerliche Nachkriegsgesellschaft war die Domäne der Adenauer, Gerstenmaier und Lübke, war die CDU. Sie wurde beendet im Oktober 1969 durch eine Partei, die sich der Studentenrevolte der 68er positiv gegenüber verhielt, die die **„Außerparlamentarische Opposition“ (APO)** ernst nahm und die vor allem an ihrer Spitze die Lichtgestalt des Berliner Oberbürgermeisters hatte, Willy Brandt. Dies war die SPD, selber gerade in einem Aufbruch und darum „seelenverwandt“, während sich auf der anderen Seite das CDU-Bürgertum erschreckt und angewidert zurück zog und die bürgerliche Parteien die Schotten dicht machten. Es war ein **Kulturkampf**, der die APO an die Seite der SPD trieb, was sich fortsetzte, als aus der APO dann die Partei der Grünen wurde.

- Die Auflehnung als Mentalität, als **Ablehnung von jeglicher Autorität**, egal von woher, musste diese Bewegung auch in eine Ablehnung von allem Christlichen, von allem von dort geprägten Moralischen treiben, d.h. in eine Ablehnung der **Autorität des Gottes**, der diese „**Moral**“, dieses Ordnungsprinzip in der Gesellschaft will. Von daher entwickelte sich bei den Grünen eine klar anti-kirchliche, aber auch anti-christliche Ethik – von den Sex-Orgien der Kommunen der APO bis zur Meinungsdominanz bestimmter Kreise in der Grünen-Fraktion im Bundestag heute etwa zu Fragen der aggressiven Durchsetzung der Ziele der Schwulenverbände (Lobbyarbeit).

Weiter in dieser Richtung stehen die Grünen heute ein:

- für eine Streichung des Gottesbezuges im Grundgesetz, falls eines Tages das Land sich eine neue Verfassung geben sollte;
- für eine Streichung kirchlicher Rechte, bei der Besetzung von Stellen mit Personen in ihrem Sinn im kirchlichen Bereich;
- für eine Umwandlung des christlichen Religionsunterrichts in einen Weltanschauungsunterricht bei gleichzeitiger Einführung eines islamischen Religionsunterrichts;
- für Verbot von Kreuzen in Schulen, Gerichtsräumen, etc.;
- für eine völlige Gleichstellung der homosexuellen Lebenspartnerschaft mit der Ehe von Mann und Frau: im Steuer- und Erbrecht, im Adoptionsrecht, in allem;
- für das Verbot eines therapeutischen Angebots für junge Männer und Frauen, die an ihrer sexuellen Orientierung leiden;
- Die Grüne Jugend fordert sogar auch die Abschaffung des Inzestverbotes (Sex unter engen Verwandten/Familie).

Das Wahlprogramm der Grünen, wie es Ende April vom Parteitag beschlossen wurde, enthält natürlich noch eine Menge mehr (s.u.) Aber es muss dem Wähler doch klar sein, was sich aus dem grünen Wahlprogramm in Bezug auf christliche Werte ergibt. Das Stichwort der Grünen für diesen gesellschaftspolitischen Teil ihres Programms heißt **„Offene Gesellschaft“**.

- Dass die Grünen mit ihrem Konzept einer sogenannten „Offenen Gesellschaft“ sich weitgehend in einem antichristlichen bis atheistischen Raum bewegen, hängt zum dritten an der Kirche. **Die katholische Kirche** zeigte sich dogmatisch und zu einem gewinnbringenden Dialog kaum in der Lage. Und **die evangelische Kirche** hat sich in ihrer axiomatischen „Offenheit“ und ihrem Mangel an verbindlicher, biblisch fundierter Lehre sehr rasch der Argumentation der Schwulenverbände geöffnet, angefangen von den lutherischen Kirchen der VELDK bis hin zum Pfarrdienstgesetz der EKD 2010. Seit 1971 hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) keine Denkschrift zur Sexualethik mehr herausgebracht: Es gibt keinen evangelischen Standpunkt mehr, da es weder eine als verbindlich angesehene Textgrundlage (Bibel) mehr gibt, noch eine als „evangelisch“ anerkannte Hermeneutik (Lehramt).

Einer Veränderung des Staatskirchenvertrages und Streichung von kirchlichen Rechten durch die Grünen würden natürlich beide Kirchen aufs entschiedenste widerstehen, zumal sie durch den Lissabon Vertrag als Dialogpartner der Politik auf europäischer Ebene aufgewertet worden sind.

Zur Beurteilung der Grünen ist heute wichtig zu sehen, dass sich ihre **Politik gewandelt** hat, weil sich auch das zugrunde liegende **Menschenbild verschoben** hat: Das Idealbild ist nicht mehr der Querdenker, der Oppositionelle, der für seine grünen Ideen kämpft, sondern der smarte und kompetente Politiker, der die bürgerliche Mitte anzusprechen weiß, der Mehrheiten will und unumwunden Macht im Land ausüben will. Die Grünen haben sich eindeutig gewandelt zu einer Volks-Partei mit dem Menschenbild des **„Menschen als Gemeinschaftswesen“**.

Das spiegelt auch ihr am 28.4.2013 auf dem Parteitag beschlossenes Wahlprogramm wieder. Es ist durch und durch „sozialdemokratisch“ und „links“. Es will Steuerentlastung für Verdiener unter 60.000,- EUR/Jahr. Dies seien 90% der Verdiener, meint Jürgen Trittin. Von da ab steigt der Steuersatz kontinuierlich. Wer über 80.000,-EUR/Jahr verdient, soll statt 42% künftig 49% Steuern zahlen. Auch die Erbschaftssteuer soll erhöht werden, ebenso soll es für Vermögen ab einer Million eine Vermögensabgabe von 1,5% pro Jahr für 10 Jahre geben. Neben diesen erhöhten Steuern soll durch Einsparungen wie Kürzung von Privilegien oder Streichung des „Betreuungsgeldes“ etc. gespart werden. Das Ziel: Die so erzielten 35-40 Mrd. sollen der Erhöhung der staatlichen Förderung der Bildung, der Verbesserung der Verkehrswege und der Betreuung von Kindern dienen.

Dies ist ein mutiges, weil ehrliches Programm. Die verbindliche **Koalitionsaussage ist Rot-Grün**, um endlich Schwarz-Gelb, sprich Angela Merkel abzulösen.

1.3. Die Christlich Demokratischen Parteien (CDU/CSU)

Angela Merkel betont immer wieder, wenn es ihr geboten erscheint, dass die CDU sich aus drei Wurzeln speist: **liberal – christlich – konservativ**. Und dass sie alle drei Elemente lebe.

Diese Klarstellung richtete sich in den letzten Jahren immer wieder an den konservativen Flügel der Partei, der sich durch immer neue Schwenks der Parteiführung irritiert bis heimatlos empfand.

Und in der Tat erlaubt dieses dreischenkige Dreieck eine gleichzeitige Bewegung in jeder Richtung. Und Angela Merkel ist eine Meisterin darin. Anders als frühere CDU-Kanzler verfolgt sie kein „konservatives Konzept“, an dessen Aussagen sie bis zum Untergang festhielt. Vielmehr versteht sie unter Politik:

Machterhalt für die CDU. Da man ihr kaum persönliche Eitelkeit nachsagen kann, darf man dies wohl schon so sagen. Und Macht heißt in der Demokratie „Bildung von Mehrheiten“. Diese für die CDU herzustellen, sieht sie als Aufgabe. Helfer in dieser Aufgabe sind ihre beiden Koalitionspartner: auf dem konservativen Flügel die CSU und auf dem liberalen Flügel die FDP – nicht umsonst ihre „**Wunschkoalition**“.

Die Konzeption: liberal- christlich – konservativ erlaubt ihr, wenn es nötig erscheint, **jeden Kurswechsel** z.T. innerhalb kürzester Zeit:

- vom Wehrdienst aller zur Berufsarmee
- von der Förderung der Atomindustrie wegen „sauberer Energie“ zum radikalen Atomausstieg
- vom immer verteidigten deutschen dreigliedrigen Schulsystem zur Gesamtschule

Sie scheut sich dabei keineswegs auch Ideen der Opposition aufzunehmen und zu „verbessern“. Es ist für die Opposition schwer, ein Thema zu finden, das sie nicht auch (nachträglich) besetzt.

- So hat die Regierung nach langem Zögern (weil sie politisch nicht in den Markt eingreifen wollte) doch die Notwendigkeit zur Einführung eines Mindestlohns eingesehen und entsprechend variiert,
- ebenso die Deckelung der Mietpreise,
- und auch die Bankenaufsicht, wogegen sich die FDP lange wehrte.

Da dieses Vorgehen offensichtlich ankommt, sind die Umfragewerte der CDU und ihre persönlichen Werte weit über den Werten der Opposition, sowohl bei Sympathiewerten als auch bei Kompetenzwerten.

Eine Wechselstimmung ist daher momentan nicht erkennbar, solange Angela Merkel die Politik der Bundesrepublik führt, auch wenn sich die Opposition dies zum obersten Ziel gesetzt hat.

Das Menschenbild, das betont die CDU immer wieder, sei „**das christliche Menschenbild**“. Was ist damit gemeint?

Das christliche Menschenbild leitet sich her vom **Schöpfungsbericht der Bibel**. Dort heißt es in 1. Mose 1,27f31: *Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau. Und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan... Und Gott sah an alles, was er gemacht hatte; und siehe: Es war sehr gut.*“

Was alles beinhaltet von daher ein Menschenbild, das sich auf diese Aussagen bezieht?

- *Der Mensch verdankt sich nicht sich selbst*, sondern – trotz elterlicher Zeugung („fruchtbar“) – einem Schöpferhandeln von außerhalb seiner selbst.
- Dies bedeutet, dass *die Existenz des Menschen in sich eine Würde hat*, die kein anderer Mensch oder andere irdische Instanz in Frage stellen kann. Sie ist von Gott gegeben. Der Mensch ist eine „imago dei“, das Ebenbild Gottes. Da diese Würde des Menschen aber von den Nazis in Bezug auf Juden, Sinti und Roma und Homosexuelle in schrecklicher Weise in Frage gestellt worden war, haben die Väter des Grundgesetzes den ersten Satz des Artikel 1 der Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ begründet und unmissverständlich verbunden mit dem ersten Satz der Präambel: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, hat sich das Deutsche Volk... dieses Grundgesetz gegeben“.
- Gott schuf den Menschen als *Mann und als Frau*. Er schuf sie in zwei Geschlechtern, beide „im Bilde Gottes“. Darin liegt die Gleichstellung von Mann und Frau begründet. Im christlichen Menschenbild gibt es *keine Verachtung oder Demütigung von Frauen*. Und dass Frauen bis heute um diese Gleichstellung kämpfen müssen („gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, Beförderung etc.) liegt an Ursachen außerhalb des christlichen Menschenbildes und muss von diesem her korrigiert werden. Grundgesetz Artikel 3,2 drückt dies aus: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“.

- Mit den zwei Geschlechtern schuf Gott *zwei total unterschiedliche, menschliche Wesenheiten*. Sie werden in 1. Mose 2,18 in ihrer Verschiedenheit einander zugeordnet und in Kapitel 1,28 mit einer gemeinsamen Aufgabe betraut, sich zu vermehren und fruchtbar zu sein. Dazu segnete sie Gott. Und es war sehr gut!

Von daher ergibt sich aus dem christlichen Menschenbild für das Grundgesetz konsequenterweise Artikel 6,1: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“. Und Artikel 6,4: „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft“.

Unglücklicherweise versäumten die Väter des Grundgesetzes zu definieren, dass mit Ehe die Verbindung von einem Mann und einer Frau gemeint ist.

Da im biblischen Schöpfungsbericht *keine „Schöpfungsvariante“ zu Mann und Frau genannt* wird, kann das christliche Menschenbild, das dem Grundgesetz zu Grund liegt, mit Ehe wohl auch nichts anderes gemeint haben.

Eine Überordnung des Artikel 3,2 von der Gleichberechtigung von Männern und Frauen über den Artikel 6,1 und daraus die Gesetzeskonformität der homosexuellen Lebenspartnerschaft abzuleiten, ja, sogar die Gleichberechtigung mit der Ehe herzustellen, wie es das *Bundesverfassungsgericht seit 2001* Schritt um Schritt tut, entspricht weder dem christlich-biblischen Menschenbild, noch dem Geist des Grundgesetzes (wenn die Richter schon meinen, es entspräche dem Buchstaben des Grundgesetzes).

Von daher ist es konsequent und zu begrüßen, dass die C-Parteien zu dieser Rechtsprechung nie freiwillig Ja gesagt haben, sondern nur gezwungenermaßen sich dieser „Rechtsauffassung“ gebeugt haben. Diese Einstellung ist heute ein starkes christliches Zeugnis in der Politik und Gesellschaft, dem natürlich in einer Gesellschaft, wie der unsrigen, heftig widersprochen wird.

- Das christliche Menschenbild enthält weiter die Botschaft, dass *jeder Mensch als Einzelner vor seinem Gott steht*. Im Gegensatz zum Menschen als Wesen der Gemeinschaft („anthropos zoon politikon“ sagten die alten Griechen dazu) zeigt der Schöpfungsbericht *den Menschen zuerst als Individuum*.

Das **Individuum** ist daher der Ausgangspunkt **des christlichen Menschenbildes**. Dieses Individuum ist (von Adam und Eva angefangen) voll verantwortlich für sein Tun – einschließlich von folgenschweren Fehlern. Gott lässt Sünde zu als „Restrisiko“, weil er dem Menschen die Entscheidungsfreiheit als Teil der Gottesebenbildlichkeit mitgegeben hat. Ohne diese könnte er von ihm auch nie eine *Verantwortung verlangen*.

Im Politischen Programm der C-Parteien kommt dieser Aspekt ihres Menschenbildes darin zum Ausdruck, dass Freiheit für Eigeninitiative geschaffen wird und bürgerliche Eigenverantwortung zur Gestaltung der Gesellschaft gefördert wird – und der **Staat** sich nur **so wenig wie möglich** und so viel wie nötig einschaltet. Dieses Prinzip soll gelten vom privaten Sektor über wirtschaftliche Neugründungen bis hin zu Zielen der Entwicklungshilfe und zur Rettung von Euro-Staaten, aber nur unter der Bedingung von Eigeninitiativen dieser Länder. Die bequeme, „soziale“ Lösung der Eurobonds verbietet sich für die CDU letztlich vom christlichen Menschen her. Dies ist nicht unsolidarisches Wirtschaftsgebaren, sondern letzte Überzeugung von der Selbstverantwortlichkeit des Menschen „vor Gott und den Menschen“.

- Aus dem christlichen Menschenbild ergibt sich für den Staat und sein Verhältnis zu seinem Volk, dass er eine letzte Instanz über sich hat und in seinem Handeln nur „Gottes Beauftragter“ (Rm 13,1.4), aber nicht Gott selber sein kann. Von dieser Auffassung vom Staat her waren Christen zu allen Zeiten ein Ärgernis für totalitäre Staaten und ihren Absolutheitsanspruch. *Das christliche Menschenbild schützt den Staat vor sich selber*, vor seiner Selbstvergottung.
- In der Konsequenz verbietet dies dem Staat in Deutschland den selbtherrlichen Eingriff in die Erziehung der Kinder. Artikel 6,2 „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“.

Ebenso auch im Wirtschaftssektor staatlich regulierende Eingriffe aus Respekt vor der Eigeninitiative der Unternehmer bzw. der Tarifpartner. Erst bei Missbrauch von Freiheit ist der Eingriff des Staates nötig (z.B. Lohndumping). Dies steht in scharfen Kontrast zur Planwirtschaft und zur totalen staatlichen Kontrolle.

Die Freie Demokratische Partei (F.D.P.)

Der Freiheitsbegriff des Liberalismus ist ein Kind der Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Er wurde im Gegenüber zum späten Absolutismus mit all seiner Fürstenwillkür entwickelt. Das daraus im 18. Jahrhundert in England und Frankreich entstandene Bild vom Menschen sprach diesem auf Grund „**seiner Natur**“ **das Recht auf Freiheit** zu („Naturrecht“). Dieser Gedanke ist aus der Schöpfungsgeschichte bekannt, wurde aber durch die Aufklärung säkularisiert, d.h. für sich genommen, ohne Gott. Statt „Gott“ sagte man „Natur“ und meinte damit ein vorgegebenes Recht, jenseits jeder menschlicher Setzung („unalienable right“, ein unveräußerliches Recht).

Aus diesem Gedanken der Freiheit als einem Naturrecht wurde eine Forderung nach Freiheit und zum Schluss ein Umsturz der Gesellschaft im Namen der Freiheit: Die Verfassung der Vereinigten Staaten (1787) mit ihrer Loslösung von Europa; und die Französische Revolution 1789 setzten eine neue Weltordnung in Gang.

Verbunden mit dem Liberalismus ist in der Politik die **Entwicklung der Demokratie** und des Rechtsstaates, in der Pädagogik die Einführung des staatlichen Schulsystems frei von den Kirchen und die autonome Wissenschaft der Universitäten, in der Gesellschaft die Verbreitung der Haltung der **Toleranz** und – nicht zuletzt – die Forderung der **Trennung von Staat und Kirche**.

Der Liberalismus, der eine wichtige Kraft im 19. Jahrhundert in Europa war, verlor im 20. Jahrhundert an Bedeutung, da viele seiner Ideale von den anderen großen Parteien aufgenommen und umgesetzt wurden. Von daher ringt eine Partei wie F.D.P. zu Recht heute um ein Profil. Die grundgesetzlich garantierte Freiheit ist zur Selbstverständlichkeit geworden, samt allem, was sich für die Gesellschaft daraus ergibt.

Im Gegenteil sogar: heute fragen viele wieder nach der Wohltat von Einschränkungen, Ordnungen und Werten. *Die Freiheit ist grenzenlos geworden und der Mensch darin orientierungslos.* Liberalismus hat nicht Konjunktur und die Umfragewerte der F.D.P. belegen das.

Auf Grund des Menschenbildes können die C-Parteien und die Liberalen leichter eine Koalition miteinander eingehen als mit den Parteien des „Linken Blocks“. Beide gehen ja von der schöpferischen Würde des Menschen aus, die einen mit Nennung Gottes, die anderen ohne diese, jedoch mit Verwendung des Pseudonyms „Natur“.

Durch die Loslösung der Freiheit von der Autorität Gottes, verrennt sich aber der Liberalismus immer wieder in den Libertinismus (Beliebigkeit) oder hin zum Atheismus und sogar zur Bekämpfung des Christlichen in der Meinung, dadurch einen Zugewinn an Freiheit zu haben.

So kommt es, dass sich an diesem Punkt plötzlich Grüne und Liberale, Trittin und Lindner treffen in der Absicht, die Privilegien des Christlichen in der Gesellschaft, sprich der Kirchen zu beschneiden und Glauben auf das Private abzudrängen.

1.4. Die „Piraten“ und die „Alternative für Deutschland“

Der Großteil der zur Wahl zugelassenen Kleinparteien haben entweder *ein bestimmtes Anliegen* (Renten, Tierschutz) oder sie *protestieren* gegen einen bestimmten Missstand nach ihrer Meinung (Beschränkung der Freiheit des Internets, Einstellung der Zahlungen an marode Staaten und Rückkehr zur D-Mark).

Gemeinsam ist ihnen, dass sie *nicht* von einer tieferen, philosophischen oder weltanschaulichen Überzeugung ausgehen. Darum entwickeln sie auch *kein politisches Programm* mit dem Willen zur Mitgestaltung des politischen Lebens, was eigentlich nach dem Grundgesetz Artikel 21,1 nötig wäre.

Insofern sind sie politisch bedeutungslos und würden sich besser nur als Bürgerinitiative formieren und formulieren.

Dies gilt nicht für *einige andere Kleinparteien*, die bewusst aus einer Weltanschauung heraus antreten, darum auch politische Programme mitbringen, die auch zu einem erkennbaren Menschenbild gehören. Dazu gehören etwa die Deutsche Kommunistische Partei, DKP, MLPD; PSG. Ebenso die NPD, REP und DVU im rechten Spektrum und im christlichen Bereich die Christen für Deutschland und die Christliche Mitte und in Teilen auch die ödp.

Exkurs

Das eigentlich Erstaunliche an den beiden, „Piraten“ und „Alternative“, ist aber ihr kometenhafter Aufstieg. Ob nur Bürgerbewegung oder Partei spielt dabei keine Rolle, bedeutsamer ist der Zulauf.

Gorleben, Stuttgarter Tiefbahnhof, Piraten oder die Alternative zeigen, dass es ein Unzufriedenheits-Potenzial in der Bevölkerung gibt, das sich nach Untersuchungen bei den Alternativen aus allen Bevölkerungsschichten und politischen Lagern von ganz links bis ganz rechts zusammensetzt. „Wutbürger“ quer durch die Gesellschaft, entzündbar an fast jedem Thema.

Was heißt das?

Es heißt zum einen, dass sich da ein Potenzial von mitdenkenden Bürgern zu Wort meldet, die gehört sein wollen und die bereit sind, kompetent und verantwortungsvoll mit zu reden;

Zum anderen, dass unser demokratisches Modell, geprägt von den Schrecken der NS-Zeit, keine Volksabstimmungen vorsieht. An dieser Stelle muss künftig neu über Bürgerbeteiligung nachgedacht und die Verfassung dem demokratisch reifen Bürger von heute angepasst werden.

2. Prognose (Stand Ende April)

Wie immer differieren die Umfrageergebnisse der einzelnen Institute je nachdem, welcher Partei sie nahe stehen. Dieser Prognose liegen die Ergebnisse von Forsa zugrunde.

Eindeutig bei allen ist aber, dass CDU/CSU die mit Abstand *stärkste Partei* ist, immer mit 40% und darüber. Von daher hat sie das Recht, den Kanzler vorzuschlagen. Niedersachsen hat aber gezeigt, dass man auch als die stärkste Partei die Wahl verlieren kann und wäre es nur um einen Sitz.

Erstaunlich ist, dass manchen Umfragen zu Folge die FDP seit Mitte April wieder die 5% Marke erreicht. Nach der Leihstimmenaktion bei der Wahl in Niedersachsen mit der Empfehlung an CDU Wähler, ihre Zweitstimme der FDP zu geben – was dort aber schief ging – versicherte anschließend die CDU nachdrücklich, dass es eine solche Unterstützung bei der Bundestagswahl nicht geben werde. Im Klartext: „Ihr seid zwar weiterhin unser Wunschpartner, aber wenn ihr untergeht, dann gibt es für uns noch andere Optionen; retten müsst ihr euch schon selber“. Mir scheint es aber wahrscheinlich, dass, wenn die FDP Ende September bei 4% konstant stehen würde, viele CDU-Wähler dann trotzdem die Zweitstimme wieder der FDP geben würden, um die „bürgerliche Koalition“ zu retten und nicht die 4% der FDP für die CDU verloren gehen zu lassen.

Weiter Meldungen:

- *Oskar Lafontaine* hat sein Rückzug aus der Bundespolitik bekannt gegeben d.h. er kandidiert nicht mehr für den Bundestag. Der Mann der Ost und West bei den „Linken“ zusammenhielt, geht von Bord. Was nun? *Gregor Gysi* steht wieder einmal massiv unter Stasi-Verdacht und genießt im Moment keine Immunität mehr. Beide Männer sind sehr zerstritten. Die beiden amtierenden Parteivorsitzenden der „Linken“ sind in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt. Auf Grund der Stammwähler im Osten hält sich die Linke aber bei 8%. Sie ist aber auf Grund ihres Programms als Koalitionspartner weiterhin nicht geeignet.
- Die „*Alternative für Deutschland*“ versichert, dass sie keinen Regierungswechsel will, sondern nur eine Änderung der Politik: Raus aus dem Euro und kein Geld mehr für die Schuldnerstaaten. Da dies ihre Kernaussage ist, die aber niemand außer ihnen vertritt, entfallen auch sie als mögliche Koalitionspartner, falls sie es überhaupt ins Parlament schaffen.
- Die Partei „*Christen für Deutschland*“, die von vielen evangelikalischen Christen gewählt worden wäre, hat sich entschlossen, bei dieser Wahl zum Bundestag noch nicht anzutreten. Damit werden viele bewusste Christen nicht wissen, was sie nun wählen sollen, da zuweilen gerade aus diesen Kreisen die Kritik an der CDU besonders scharf ist. Viele von ihnen werden hoffentlich aber doch unter dem Aspekt des kleineren Übels die CDU wählen.
- Die SPD wird nach den letzten Umfragen bei 23%, die Grünen bei 14% gesehen. Zusammen haben sie also nur 37%, das sind 5% hinter der CDU (42%). Käme die FDP mit 5% doch noch in den Bundestag, dann würde sich bei einer Koalition der Abstand von Schwarz-Gelb um weitere 5% auf 10% erhöhen.
- Sollte aber die FDP an der 5% Hürde scheitern, dann gäbe es *drei Optionen* für eine Mehrheitsbildung:
 - a) Rot (23)-Grün (14) unter Duldung der Linken (8) d.h. eine Minderheitsregierung „von ihren Gnaden“. Diese Lösung ist nicht sehr wahrscheinlich. Sie würde den Ausschluss der stärksten Partei, der CDU/CSU bedeuten.
 - b) Schwarz(42)-Grün(14) würde eine Mehrheit über 50% ergeben. In der Union gibt es trotz scharfer Kritik an den Grünen im Wahlkampf Stimmen, die eine solche Verbindung befürworten würden. Die Grünen haben sich ihrerseits bei ihrem Parteitag trotz klarer Koalitionsaussage pro SPD die Option Schwarz-Grün offen gehalten, falls es mit der SPD zusammen nicht reichen sollte. (Klare Option, aber keine Fixierung).
 - c) Bleibt noch die Konstellation CDU(42) und SPD(23). Diese sogenannte „Große Koalition“ wird von den meisten Bürgern befürwortet und hätte mit zusammen 65% den Vorteil einer

breiten Mehrheit und einer Brücke in den Bundesrat, wo die SPD-geführten Bundesländer die Mehrheit haben. Eine breite Mehrheit im Parlament und im Bundesrat wird in der kommenden Legislaturperiode wichtig sein, da sich in diesen Jahren die Zukunft der Europäischen Union am Fortbestand des Euro entscheiden wird: Zerbruch oder Fortbestand unter großen Opfern. Wie in der Krise 2008 wäre deshalb eine breite Mehrheit gut, um über Wohl und Wehe unseres Landes zu entscheiden, mit gewaltigen Auswirkungen auch für Europa.

GEBET

für die verschiedenen Organe unseres demokratischen Staatswesens.

1. Dank für die stabile Demokratie in Deutschland und dafür, dass wir in einem Rechtsstaat leben dürfen, der funktioniert in seinen verschiedenen Organen.
2. *Der Bundespräsident*
Dank für Joachim Gauck, seine Gabe zu formulieren und seine Weisheit und Reife. Fürbitte für die Spannungen in seiner persönlichen Situation und Familie.
3. *Die Bundesregierung*
Die Bundeskanzlerin
Dank für Angela Merkel, ihren immensen Einsatz, ihre Nüchternheit und Klugheit, ihre Standfestigkeit und Flexibilität je nach Erfordernis.
Fürbitte um Gesundheit und um psychischen Schutz vor den Angriffen und um tägliche Gotteserfahrungen. Fürbitte für ihre Ehe und Familie.

Das Kabinett
Dank für die Bemühungen jedes Ministers und jeder Ministerin. Fürbitte um gute Atmosphäre, Respekt und Kooperation im Kabinett, Bewahrung vor bewussten Verletzungen unter einander.
4. *Der Bundestag*
Dank für den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert – ein engagierter katholischer Christ – der souverän und oft gewürzt mit Humor die Sitzungen leitet.
Dank für die klaren Regeln des Bundestages.
Dank für die Parteien, die durch ihre unterschiedlichen Ansätze die Vielfältigkeit des Lebens und seiner Probleme zur Sprache bringen.
Bitte um respektvollen Umgang miteinander, gerade bei sehr kontroversen Themen.
Bitte um gute Arbeit in den Ausschüssen. Bitte um Kraft in die Arbeit und um gute Freunde in der Freizeit. Bitte um die Familien der Abgeordneten, für die meist wenig Zeit bleibt.
STOPP jedem unguten Geist im Bundestag, egal in welcher Form und bei welchem Thema.
Segensworte über allen Abgeordneten!
5. *Der Wahlkampf*
Dank, dass wir einem Land leben dürfen, in dem gewählt werden kann. Und dass wir uns nie Gedanken um Wahlbetrug machen müssen.
Bitte um persönlich faire und sachgerechte Auseinandersetzungen.
Bitte um den Wahlerfolg vieler Christen und solcher, die in ihrer Lebensführung und in ihrer Arbeit erkennbar mit Werten leben wollen.
Bitte um die „Verlierer“ und die Verarbeitung der Niederlage.
6. *Das Bundesverfassungsgericht*
Der Präsident Andreas Voßkuhle.
Dank für diese Einrichtung.
Bitte um Gottes Licht in der Auslegung der Verfassung, da diese Urteile zu Richtlinien der Politik werden.

Ortwin Schweitzer

Quellen:

F.A.Z., stern, Bibel (Luther); Grundgesetz; Kürschners Volkshandbuch, Deutscher Bundestag; Brockhaus 17. Aufl. 11. Band, „Liberalismus“.